

Clara Zetkin, das Frauenwahlrecht und ihre „Parteikarrieren“ in der SPD, der USPD und der KPD

Mascha Riepl-Schmidt

Die Sozialistin Clara (Klara) Zetkin¹ (1857–1933) stellte sich im Herbst 1918 im Alter von 61 Jahren in Stuttgart für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)² zur Wahl. Ihre Kandidatur war jetzt möglich geworden, weil am 12. November 1918 das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht vom gesamtdeutschen Rat der Volksbeauftragten verkündet worden war. In Württemberg waren dann bei der Wahl vom 12. Januar 1919 150 Mitglieder – darunter 13 Frauen – für die Verfassungegebende Landesversammlung des neuen Freien Württembergischen Volksstaats³ gewählt worden und diese zogen in das jahrhundertalte Landtagsgebäude in der Stuttgarter Kronprinzstraße ein. Hier hatten zuvor die Landstände des Königreichs Württemberg getagt. Die ab 1919 sich konstituierende⁴ und zwei Jahre tagende Verfassungegebende Versammlung des

¹ Clara Zetkin lebte von 1891 bis 1920 in Stuttgart, vgl. Mascha RIEPL-SCHMIDT, Clara Zetkin, geb. Eißner, gesch. Zundel (1857–1933), Stadtlexikon Stuttgart: Suchbegriff Clara Zetkin unter <https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/dts/> (letzter Zugriff: 11.05.2020). Zu Clara Zetkin vgl. ferner: Setsu ITO, Clara Zetkin in ihrer Zeit – für eine historisch zutreffende Einschätzung ihrer Frauenemanzipationstheorie, in: Ulla PLENER (Hg.), Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin (Rosa Luxemburg Stiftung, Manuskripte, Bd. 76), Berlin 2008, S. 22–27; Mascha RIEPL-SCHMIDT, Ihre beste Zeit? Clara Zetkins Leben in Stuttgart, in: Astrid FRANZKE/Ilse NAGELSCHMIDT (Hgg.), „Ich kann nicht gegen meine Überzeugung handeln“. Clara Zetkin zum 150. Geburtstag (Reihe Diskurs, Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 27), Leipzig 2008, S. 22–40; DIES., Wider das verkochte und verbügelte Leben. Frauenemanzipation in Stuttgart seit 1800, Stuttgart/Tübingen 1990/1998, S. 157–172; DIES., Programstimmung vor den Toren der Hauptstadt, Clara Zetkin in ihrer Sillenbucher Zeit, in: Herrmann G. ABMAYR (Hg.), Sillenbuch und Riedenberg, Stuttgart 1995, S. 104–113.

² Die USPD war 1917 in Gotha mitten im Ersten Weltkrieg von Karl Kautsky und anderen Sozialisten gegründet worden, die die Kriegskredite der SPD ablehnten.

³ Am Ende des Ersten Weltkriegs wurde durch die – in Württemberg unblutige – Novemberrevolution aus dem Königreich Württemberg ein Volksstaat. Die Grenzen blieben dabei unverändert. Die Landesverwaltung Württemberg garantierte laut der neuen Verfassung von 1919, die diejenige des Königreichs von 1819 ersetzte, nun im neuen Bundesstaat des Deutschen Reiches ein demokratisches Regierungssystem. Die Staatsform einer demokratischen Republik wurde im Verfassungstext mit den Worten „Freier“ Volksstaat umschrieben.

⁴ Aufgrund der schwierigen innenpolitischen Lage konnte die Verabschiedung eines vorläufigen Verfassungsentwurfs erst am 26.04.1919 stattfinden. Die endgültige Verabschiedung der Verfassung erfolgte im September 1919. Zum Landtagspräsidenten wurde der Sozialist Wilhelm Keil gewählt. Zum ersten und seither einzigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wurde im März 1919 Wilhelm Bloß (seit 1877 MdR) von

Freien Volksstaates Württemberg war die Vorläuferinstanz des Landesparlaments und damit die Legislative Württembergs während der Weimarer Republik.

137 männliche und 13 weibliche Abgeordnete waren nun gewählt worden: Zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gehörten bei 52 Sitzen vier Frauen, zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei 38 Sitzen fünf Frauen, zum Zentrum bei 31 Sitzen drei Frauen. Die USPD hatte mit vier Sitzen nur eine Frau platzieren können und das war Clara Zetkin. Sie hatte schon 1907 den Text des neuen Wahlrechts mitgestaltet, das von 1918 an alle 20-jährigen männlichen und weiblichen Personen – wie es damals hieß – zur Wahl rief. Endgültig durchgefochten hatte sie die Etablierung des Frauenstimmrechts als sozialdemokratischen Programmpunkt schon während des Internationalen Sozialistenkongresses 1907 in Stuttgart. Es war der erste Internationale Sozialistenkongress – der VII./XII.⁵ Internationale Sozialistenkongress, der in verschiedenen Ländern abgehalten wurde und gleichzeitig der erste, der in Deutschland stattfinden konnte. Vom 18. bis zum 24. August war die alte Liederhalle in Stuttgart der rotbeflaggte Tagungsort des Sozialistenkongresses gewesen, der mit 884 Delegierten aus allen Kontinenten getagt hatte. Unter ihnen waren zum Beispiel Lenin (1870–1924), Rosa Luxemburg (1871–1919), Jean Jaurès (1859–1914), George Bernard Shaw (1856–1950), der SPD-Patriarch August Bebel (1840–1913) und Clara Zetkin, die hier zur Vorsitzenden des neu begründeten Sozialistischen Internationalen Frauensekretariats gewählt werden sollte⁶. Am Samstag jedoch, dem 17. August, hatten sich unter der Ägide von Clara Zetkin, der langjährigen Redakteurin der Arbeiterinnenzeitung „Die Gleichheit“, zum ersten Mal Genossinnen aus 15 Ländern zusammengefunden. Die bürgerliche Presse war wegen der zu erwartenden hässlichen Berichterstattung zur Vorsicht ausgeschlossen worden. Die Genossinnen waren entschlossen, in der ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz für ihre ureigene politische Selbständigkeit auch innerhalb der Partei zu kämpfen. Es galt, sich trotz unterschiedlicher nationaler Standpunkte zum ersten Mal auch auf internationaler Ebene über die Form des Frauenstimmrechts zu einigen und die Forderung nach dem Frauenwahlrecht überhaupt zu formulieren⁷.

Clara Zetkin hatte diese Konferenz ins Leben gerufen und sie begriff sie als wichtigstes Forum der proletarischen Frauenbewegung überhaupt. Die Stuttgarter Redakteurin war der Motor dieses weltweiten Vernetzungsunterfangens, die die

der Verfassungsgebenden Landesversammlung zum württembergischen Staatspräsidenten gewählt. Er war davor am 10.11.1918 auf dem Höhepunkt des Stuttgarter Revolutionsgeschehens zum Vorsitzenden der provisorischen Landesregierung ernannt worden. Sein Amt legte er im Juni 1920 nieder, nachdem die Sozialdemokraten eine empfindliche Wahlniederlage erlitten hatten.

⁵ Es gibt unterschiedliche internationale Zählweisen, die höhere Nummerierung entspricht Lenins Zählung.

⁶ Clara Zetkin hatte bis 1917 dieses Amt inne.

⁷ Vgl. „Um das Frauenwahlrecht“, in: *Die Gleichheit*. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (im Folgenden: *Gleichheit*) vom 22.7.1907, S. 123–125.

internationale und nicht nur die nationale politische Emanzipation der Arbeiterinnen im Sinn hatte. Viele der Teilnehmerinnen hatten sich schon 1896 in London beim dortigen II./ XI.⁸ Sozialistenkongress zum gemeinsamen Kampf verabredet. Sie waren entschlossen, ihr ureigenes politisches Mandat auch gegen die vielen männlichen Genossen durchzusetzen, für die der Klassenkampf alle Prioritäten hatte. Denn trotz eines Parteibeschlusses zur politischen Beteiligung der Genossinnen hingen viele der Genossen der Meinung an, dass durch die politische Aktivität der Genossin das Heim leide und dass die Kameradin vor allem dem Mann den Rücken frei zu halten habe.

In Stuttgart versuchten nun die streitbaren Genossinnen, die sozialistischen Frauenbewegungen der verschiedensten Länder zu vereinen, regelmäßige Kontakte zu garantieren und sich vor allem über die unterschiedlichen Ansätze im Frauenstimmrecht miteinander zu verständigen, ohne dass vorerst irgendeine Chance bestand, es auch umzusetzen. Sie wollten die volle „menschliche Emanzipation des weiblichen Geschlechts“ erobern und seine soziale Mündigkeit. Das Frauenwahlrecht war der fünfte und letzte Punkt der Sitzung und das Hauptthema der Frauenkonferenz. Auf nationaler Ebene war schon 1906 während der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Mannheim eine Resolution für das aktive und passive, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauenwahlrecht beschlossen worden⁹.

Die bekämpften anderen Versionen fielen 1907 am Ende durch – zum Beispiel die als „Damenwahlrecht“ kritisierte Vorstellung weiter Kreise der bürgerlichen Frauenwahlrechtsbewegungen, die nur den weiblichen Angehörigen der höchstbesteuerten Familien die Wahlberechtigung bringen sollte, ebenso wie das sogenannte „beschränkte“ Wahlrechtskonzept¹⁰, das nur Witwen und unverheiratete Frauen zur Wahl zulassen wollte, auch „um so die letzte Stufe der sozialen Emanzipation des Besitzes und nicht der politischen Gleichberechtigung zu gewährleisten“¹¹ und eine Version des Dreiklassenwahlrechts, das zum Teil auch sozialistische Genossinnen für angemessener hielten.

Zur Referentin für das Plenum war die Genossin Zetkin gewählt worden, die am 20. August zuerst in einer nun „gegenderten“ Frauenstimmrechtskommission dieser Sozialistischen Internationale die vorher in der Frauenkonferenz beschlossene Resolution zur Diskussion stellte. Sie war trotz der Spaltung der sozialistischen Frauen in einen konservativen und in einen für Clara Zetkins Vorschlag argumentierenden Flügel zustande gekommen. In ihrem Redebeitrag betonte Clara Zetkin, „dass der Kampf für das Frauenwahlrecht nicht losgelöst werden kann von den Wahlrechtskämpfen des männlichen Proletariats“¹².

⁸ Vgl. Anm. 5.

⁹ Vgl. Resolution zur Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen das Frauenwahlrecht betreffend, in: Gleichheit vom 19.8.1907, S. 143.

¹⁰ Vgl., Gleichheit vom 22.7.1907, S. 135.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. Clara ZETKIN, Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart (Berliner Arbeiterbibliothek, Heft 3), Berlin 1889, S. 40.

Die in diesem Zitat deutlich werdenden persönlichen Koordinaten der sozialistischen Pazifistin und dezidierten Frauenrechtlerin Clara Zetkin-Zundel – so nannte sie sich seit ihrer Heirat im Jahre 1899 mit dem 19 Jahre jüngeren Maler Georg Friedrich Zundel (1875–1948) – wurden in und nach der Weimarer Republik und in der Folgezeit für viele Klischees benutzt, die die Politikerin später auch in der BRD als „rote Emanze“ in Misskredit zogen, in der DDR dagegen als kommunistische „Heldin der Arbeiterbewegung“ auf ein Podest stellten.

1. Biografische Einblicke

Mit charakteristischen Daten ihrer vielschichtigen Biografie soll Clara Zetkin hier ohne die unterschiedlichen Einschätzungen und Vereinfachungen beschrieben werden, die versuchten, sie als Frau und Politikerin verfremdet, versteinert oder überhöht zu überliefern. Wie kaum eine andere Politikerin hat sie Menschen und ideologische Weltanschauungen polarisiert. Sie wurde von ihren Anhängerinnen und Anhängern geliebt, umjubelt und verehrt, von ihren Gegnern und den jeweiligen Obrigkeiten gehasst, verfolgt, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. In der DDR wurde sie zur Parteiikone eines proletarisch interpretierten Heldinnen-tums, in der Bundesrepublik dagegen am liebsten verschwiegen oder als Stalinistin gebrandmarkt, die sie nie gewesen ist.

Durch ihre Herkunft und die demokratisch bestimmte Atmosphäre ihrer Familie wurde ihr späteres Leben geprägt. Clara Eißner aus Wiederau war das älteste Kind des Kantors, Organisten und Schullehrers Gottfried Eißner (1806–1875) und seiner als junge Witwe geheirateten Frau Josephine Richter, geborene Vitale (1822–1906), die in ihren späten dreißiger Jahren dreifache Mutter wurde¹³. Die von ihren französischen Vorfahren übernommenen Ideale der Französischen Revolution gab die Mutter an ihre eigenen Kinder weiter. Sie sympathisierte mit der deutschen 1848er Revolution und war eine aktive Vertreterin der bürgerlichen Frauenemanzipationsbewegung. In ihrer zupackenden und temperamentvollen Art war sie sicher ein Vorbild für die Tochter Clara¹⁴. Die Eißners haben auch im Bereich der Mädchenausbildung ihre fortschrittliche Haltung bewiesen. 1872 zogen sie nach Leipzig, um der Tochter durch eine Ausbildung gleichberechtigte Berufschancen zu ermöglichen, nicht um – wie damals üblich – ihre Heirats-

¹³ Die Kinder Clara Josephine, Arthur Gottfried und Gertrud Luise Eißner wurden freiheitlich und tolerant erzogen. Clara bekam die Vornamen beider Ehefrauen des Vaters, denn Eißners verstorbene erste Frau hieß Klara Richter. Außerdem gilt die Komponistin und Pianistin Clara Schumann als Namenspatronin.

¹⁴ Mitte der 1860er Jahre hatte sie einen Turnverein in Wiederau mitbegründet, leitete einen Kursus für das Mädchenturnen. 1870 wurde sie Mitbegründerin des Frauenvereins in Wiederau und dessen 1. Vorsitzende und stand in Verbindung mit Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt, den Gründerinnen des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ (ADF seit 1865).

chancen zu erhöhen. 1873 bekam Clara Eißner einen Ausbildungsplatz in dem von Auguste Schmidt begründeten Lehrerinnenseminar, dem „Steyberschen Institut“, das der bürgerlichen Frauenbewegung verpflichtet war. Sie verfeinerte dort ihre Französischkenntnisse und lernte dazu noch Italienisch und Englisch. Die erworbene Bildung und ihr außergewöhnliches Geschichtswissen sollten es ihr später, besonders in der schwierigen Pariser Emigrationszeit, ermöglichen, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder zu verdienen und eine eigene selbständige Existenz zu begründen.

Doch 1878 hatte sie nach ihrem glänzenden Schulabschluss nicht den Weg der bürgerlichen Frauenbewegung beschritten, war nicht lange Gouvernante und Hauslehrerin geblieben, sondern hatte in einem Zirkel russischer Studenten die Ideen und Werke von Karl Marx (1818–1883) und Ferdinand Lassalle (1825–1864) kennengelernt. Als mit Hilfe der Sozialistengesetze ebenfalls 1878 die sozialistische Partei verboten wurde, trat sie in die SPD ein. Im Leipziger Ortsverein der Partei war auch ihr späterer Freund und Parteigenosse, der in Odessa geborene russische Revolutionär Ossip Zetkin (circa 1850–1889) tätig. Damals erlernte er bei einem Leipziger Sozialdemokraten das Tischlerhandwerk. 1880 wurde der brillante Redner und Schriftsteller aus Leipzig ausgewiesen. Clara Zetkin folgte ihm kurze Zeit später in die Pariser Emigration und wurde fortan mit dem Nachnamen Zetkin bekannt. Die Söhne Maxim (1883–1965) und Kostja (Konstantin) Zetkin (1885–1980) wurden in Paris geboren und teilten dort mit den Eltern die Not des Emigrantenlebens. Nach dem Tod Ossip Zetkins entwickelte Clara Zetkin 1889 in ihrer Rede „Über die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart“¹⁵ auf der II. Sozialistischen Internationale in Paris die grundlegenden Themen auch ihres zukünftigen Engagements. Mit ihren Söhnen kehrte sie 1890 nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes nach Deutschland zurück und konnte durch die Vermittlung August Bebels im Stuttgarter sozialistischen Verlagshaus J.H.W. Dietz von 1891 bis 1917 die Redaktion der „Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterin“ übernehmen.

Diese Frauenzeitung der SPD verdankte Clara Zetkin eine hohe Auflagensteigerung und wurde zum Forum des Kampfes der Sozialistinnen für eine eigene politische Mündigkeit. Mit ihrem Aufruf zur Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1907 in Stuttgart¹⁶ und durch ihre Berichterstattung über die Frauenkonferenz hat die „Gleichheit“ auch heute noch einen hohen Stellenwert als frauenpolitische und frauengeschichtliche Quelle¹⁷.

¹⁵ Vgl. ZETKIN, Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage (wie Anm. 10).

¹⁶ Vgl. Berufung der Ersten Internationalen Frauenkonferenz sozialistischer Frauen von Otilie Baader, Vertrauensfrau der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, in: Gleichheit vom 22.7.1907, S. 123.

¹⁷ Vgl. „Die internationalen Tagungen zu Stuttgart“, in: Gleichheit vom 19.8.1907, S. 139f.

2. Der Internationale Frauentag

Von größerer historischer Bedeutung aber als die erste Internationale Frauenkonferenz in Stuttgart ist die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, die am 26. und 27. August 1910 in Kopenhagen stattfand. Dort nämlich riefen die sozialistischen Genossinnen den Internationalen Frauentag aus¹⁸. Wie die vorhergehende und die folgende Konferenz wurde sie kurz vor dem Kongress der Sozialistischen Internationale abgehalten, um dann dort die wichtigsten Resolutionen vorlegen zu können. Clara Zetkin hatte gemeinsam mit Käthe Duncker (1871–1953)¹⁹ und anderen Genossinnen den Antrag für die Durchführung eines internationalen Frauentages, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dienen sollte, zur Abstimmung gebracht. Die mehr als 100 Delegierten aus 17 Nationen, darunter zwölf aus Deutschland, nahmen den Antrag einstimmig an. Clara Zetkin hatte sich wiederum vehement gegen eine Gruppe von Delegierten gewandt, die ein selektives Wahlrecht als ersten Schritt befürworteten. Sie dagegen hatte sich auch auf dieser Konferenz gegen die Widerstände aus den eigenen Reihen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Frauen eingesetzt. Unterstützt wurde sie wieder durch die russische Frauenrechtlerin Alexandra Kollontai (1872–1952) und Rosa Luxemburg. Der Frauentag sollte ein Zeichen des Kampfes gegen Militarismus und den drohenden Krieg setzen. Es wurde eine Friedensresolution verabschiedet, die die sozialen Gegensätze, die durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht wurden, als Kriegsgrund benannte. Die sozialistischen Frauen und Mütter wurden aufgefordert, Arbeiterinnen darüber aufzuklären und ihre Kinder im Geiste des Sozialismus und für den Kampf zur Erhaltung des Friedens zu erziehen. Unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ gingen am ersten Internationalen Frauentag, am 19. März 1911, allein in Deutschland mehr als eine Million Frauen auf die Straße und forderten für alle Frauen soziale und politische Gleichberechtigung.

Sieben Jahre später, 1918/19, riefen alle Frauenverbände der neuen Republik, von der proletarischen Frauenbewegung über den „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) bis hin zu den konfessionellen Verbänden, im Vorfeld der Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung ihre Mitglieder zu einer regen Wahlbeteiligung auf, um das Werden der neuen Republik mitzubestimmen. Nach dem Krieg gab es über eine Million mehr stimmberechtigte Frauen- als Männer. Auf diese weiblichen Stimmen waren alle Parteien – egal wie sie zum Frauenwahlrecht standen – überaus begierig.

¹⁸ Diese internationale Entscheidung brachte die deutsche Parteiführung, die zuvor einen nationalen Frauentag abgelehnt hatte, in nacheifernden Zugzwang.

¹⁹ Paula Kathinka Duncker, geborene Döll (1871–1953), wurde 1893 Lehrerin in der Steyberschen Höheren Mädchenschule in Leipzig, 1907 die zweite Redakteurin der „Gleichheit“ und die Verantwortliche für die Kinderbeilage. Sie schloss Freundschaft mit Clara Zetkin. 1910 nahm sie an der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen teil und hielt ein Referat über Mutterschafts- und Kinderfürsorge.

Aber reichte die 1919 umgesetzte, wenn auch noch kleine, württembergische Frauenpräsenz von 8,7 Prozent im Landesparlament für einen politisch kulturellen Aufbruch in Württemberg oder mit einem Frauenanteil von knapp 10 Prozent gar im Reich? Auch die ersten 13 Landtagsfrauen in Stuttgart mussten aufpassen, dass sie als Anfängerinnen im politischen Ratschlag überhaupt zu Wort kamen und problemlos als Staatsbürgerinnen die politische Bühne betreten konnten. Als zum Beispiel die SPD-Politikerin Marie Juchacz (1879–1956)²⁰ ihre erste Rede in Weimar hielt, hatte sie nicht die ungeteilte Aufmerksamkeit der Herren Abgeordneten, die der Parlamentspräsident – wie das Protokoll verzeichnet – mehrmals zur Ruhe ermahnen musste. In ihrem Debüt am Rednerpult verwies Marie Juchacz darauf, „dass das politische Recht der Frauen, wählen zu gehen, ihnen zu Unrecht vorenthalten worden sei“²¹. Zuvor hatte sie festgestellt, dass sie „im Einverständnis vieler zu sprechen [glaube], dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht im althergebrachten Sinne Dank schuldig sind“²².

Nicht nur Clara Zetkin, sondern auch manch eine Frau der bürgerlichen Frauenbewegung, hat nach der Einführung des Wahlrechtsgesetzes geäußert, dass mit dem neuen Wahlrecht an sich nicht viel gewonnen sei, wenn der Staat und die Gesellschaft sich nicht wandelten. Zetkin durfte zwar als eine der ersten 13 württembergischen Abgeordneten, aber erst in der sechsten Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung im württembergischen Landtag am 29. Januar 1919 das Wort ergreifen und wettete darüber – immer wieder von provokativen und höhnische Heiterkeit erregenden Zwischenrufen unterbrochen –, dass die Äußerungen rechtslastiger Politiker, den Frauen sei das Wahlrecht geschenkt worden, ganz und gar nicht zuträfen. Ironisch konstatierte sie: „Ich bin als Frau kleingläubig und keineswegs überzeugt, ob wohl ohne die Revolution das Frauenwahlrecht gekommen wäre“²³. Sie zeigte sich mit dieser Rede und allen noch folgenden nicht demütig verständnisvoll, sondern kam immer wieder herablassend streitbar und politisch akribisch auf die vergangene Kriegstreiberei zurück, verurteilte deren angebliche Notwendigkeit und die schmerzlichen Folgen des nun beendeten Völkermords. Sie befürchtete die rechtsstaatlichen Schwierigkeiten, die in der Folge nicht nur die Frauen betrafen und bezichtigte die „Mehrheitssozialisten“ des Revisionismus, der die Unterdrückung der sozialen Revolution verstärkt habe. Sie agierte auf diese Weise gegen die württembergische Regierung, die ab März 1919

²⁰ Die Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Marie Juchacz, geborene Gohlke, (1879–1956), war von 1919 bis 1933 MdR. Als es 1917 zur Spaltung der Sozialdemokraten und zur Gründung der USPD kam, erhielt die Sozialistin von Friedrich Ebert die Stelle als Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand, die zuvor Clara Zetkin innegehabt hatte. Sie übernahm außerdem die Redaktionsleitung der Frauenzeitung „Gleichheit“.

²¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Protokolle 1919, Bd. 326, 11. Sitzung, 19.2.1919, S. 177.

²² Ebd.

²³ Verhandlungen der verfassungsgebenden Landesversammlung beziehungsweise des Landtags des freien Volksstaates Württemberg, Protokolle 1919–1920, Bd. 1, 6. Sitzung, 29.1.1919, S. 113.

vom „gemäßigten“ SPD Ministerpräsidenten Wilhelm Blos (1849–1927) angeführt wurde.

Die Weimarer Verfassung hatte zwar den Staat auf den Schutz der Mutterschaft und das Wohlergehen von Kindern verpflichtet und erstmals die staatliche Zuständigkeit für Fragen der Wohlfahrtspflege festgelegt. Eine uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen, wie sie die Abgeordneten der SPD und der USPD gefordert hatten, war dagegen nicht konsensfähig: Der Artikel 109 schrieb ihnen lediglich „grundsätzlich“ dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zu. Ein leidvolles und heftig umstrittenes Kapitel war außerdem der Kampf um die Liberalisierung und Entkriminalisierung des § 218 und des § 219 a.

Die formale und legale Rechtlosigkeit der Frauen in der Weimarer Republik, die schon bei der Reichsgründung 1871 durch das geforderte und 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) trotz des weiblichen Sturms der Ablehnung betont worden war, blieb in der staatlichen und gesellschaftlichen Praxis sanktioniert. Das familiäre und auch berufliche Eingeschränktheit der Frauen kann beispielhaft auch am Zölibatsverdict festgemacht werden. Verheiratete Frauen durften auch in der Weimarer Republik als Beamtinnen nicht im Amt bleiben. Ihre Bezüge waren außerdem geringer als die ihrer Kollegen. Dazuhin galt das familiäre Oberhaupt – der Vater und Patriarch – zum Beispiel der Schule gegenüber weiterhin als alleinige rechtskräftige Instanz. In diesem Zusammenhang ist auch das prekäre Kapitel der Lehrerinnen und Schülerinnen in der deutschen Bildungsgeschichte einzuordnen: Lehrerinnen hatten sich spätestens im frühen 19. Jahrhundert gegen die traditionell sanktionierte Benachteiligung von Mädchen und Frauen gewandt. Sie waren bis zur Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert immer die zweite Wahl gewesen. Jungen durften sie nur ausnahmsweise unterrichten, die Mädchenbildungslehrpläne waren ihrem kleineren Verstand angepasst und im Vergleich zu den Lehrplänen für Jungen entsprechend reduziert worden. Dass Mädchen endlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland das Abitur ablegen und studieren durften, hatte einen langen Kampf erfordert.

Die zur Lehrerin ausgebildete Clara Zetkin hat in ihren Parlamentsreden stets versucht, mit ihrer hervorragenden Bildung zu punkten und hat es auch nie an literarischen Reminiszenzen und historischen Assoziationen fehlen lassen. Die aus vielen Regionen stammenden württembergischen Parlamentarierinnen, die sich wie ihre Gesinnungskolleginnen aus den anderen deutschen Kleinstaaten bereits lange vor 1918 für das Frauenwahlrecht verkämpft und sich auch in die bislang vernachlässigte Mädchen- und Frauenbildung mit Reformen eingemischt hatten, waren im Bereich der Bildung und der beruflichen Rechte auch der Arbeiterinnen engagiert tätig gewesen oder waren in der kommunalen Armenfürsorge und Wohlfahrtsarbeit aktiv. Tatkräftig und mutig mischten sich diese Frauen mit verschiedenster Herkunft und mit unterschiedlichem Bildungsstand nun öffentlich in die Politik ein und gehörten so zu den ersten Frauen im politischen Geschäft, die sich legitim für ihre demokratisch verbürgten Rechte einsetzen konnten. Die nun parlamentarisch amtierenden Frauen hatten sich vorher zum Beispiel als Armenrätinnen, als Ge-

werkschaftsangestellte, als Mitarbeiterinnen der weiblichen Handels- und Büroangestellten, als Fabrikpflegerinnen, Lehrerinnen und Journalistinnen in der Arbeiterbewegung und im „Verband Württembergischer Frauenvereine“ profiliert und verfochten alle – wenn auch in unterschiedlicher Färbung – die Ziele der Frauenemanzipation und Gleichberechtigung. Trotz ihres (für damalige Zeiten ungewöhnlichen) Engagements und ihrer schlechteren Listenplätze blieben sie aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur höflich oder widerstrebend geduldete Randerscheinungen. Sie veränderten das Parlament optisch²⁴, mussten aber noch lange auf bessere Umgangsformen warten. In den ihnen zugeteilten und zugestanden (sozial ausgerichteten) Ausschüssen hatten sie jedoch selbstverständlich dem straffen Fraktionszwang ihrer Parteien zu gehorchen.

Und doch: Die bisher aus der staatsbürgerlichen Gleichheit ausgeschlossenen Frauen wurden durch ihre Wählbarkeit trotz aller Hindernisse zu Wegbereiterinnen der Demokratie und erhofften – wenn auch in unterschiedlicher Begründung – die Umsetzung der Ziele der weiblichen Gleichberechtigung.

3. Clara Zetkins Stuttgarter Zeit und der Beginn ihrer Laufbahn als Parlamentarierin

Als Sozialistin mit internationalem Einfluss und als unabdingbare Pazifistin war Clara Zetkin der Stuttgarter Polizeibehörde seit ihrer Ankunft in der Stadt ein Dorn im Auge. Da sie in der Pariser Emigrationszeit ihren Lebensgefährten und den Vater ihrer zwei Söhne Ossip Zetkin nicht geheiratet hatte, war sie jedoch Deutsche, also Sächsin geblieben. Die Stuttgarter Polizeibehörden hätten sie bald nach ihrer Niederlassung gerne ausgewiesen. Wegen falscher Namensführung wurde sie vorgeladen. Dieses Vergehen konnte ihr aber nicht nachgewiesen werden. Zu guter Letzt wurde ihr Name als „Schriftstellername“ akzeptiert. Obwohl sie nicht vorbestraft war, wurde aber eine Überwachung angeordnet. Die 1883 und 1885 in Paris geborenen Söhne Maxim und Kostja trugen dem französischen Namensrecht entsprechend ganz legal den Nachnamen Zetkin. Die Geschichtsschreibung der DDR hat Clara Zetkins „angebliche“ Heirat mit Ossip Zetkin stets bekräftigt und von ihrem späteren Ehemann Georg Friedrich Zundel nie Notiz genommen.

Seit dem 4. Januar 1892 war die Redakteurin in Stuttgart gemeldet und wohnte zunächst zusammen mit ihren Söhnen in der Rotebühlstraße 147. Ihre Nachbarn

²⁴ Die Kleider der weiblichen Abgeordneten – bequeme Reformkleider und die tragbarere Kleidung der „Zwanziger Jahre“ hatten die frühere, eher von Korsetten bestimmte weibliche Garderobe ersetzt – veränderten zusammen mit den Trägerinnen selbst das Bild und das Aussehen des Plenarsaals. Auch die männlichen Parlamentarier unterlagen einer neuen Kleiderordnung und waren gebeten, sich auch in ihren Anzügen zu demokratisieren. Sie hatten auf Orden, „feldgraue“ Uniformen, herrschaftliche Anzugsausstattungen und vor allem auf den „schwarzen Rock“ zu verzichten.

waren die Familien von Robert Bosch (1861–1942), mit der sie nicht nur wegen gesellschaftspolitischer Gemeinsamkeiten befreundet war und die von Karl Kautsky (1854–1938), der 1891 das Erfurter Grundsatzprogramm der SPD konzipiert hatte. Die vorerst noch wenig Deutsch sprechenden Söhne besuchten in Stuttgart zuerst die „Hayer'sche Elementarschule“ in der Rotebühlstraße, anschließend das altsprachliche „Karls-Gymnasium“ in der Tübinger Straße, machten dort ihr Abitur und studierten nach Beendigung der Schule Medizin.

1899, nach der Eheschließung Clara Zetkins mit dem Maler Georg Friedrich Zundel, wohnte die Familie zuerst in der Blumenstraße 34 in der Dachgeschosswohnung. Als sich die finanziellen Verhältnisse der Eheleute durch Ausstellungen, Aufträge, Vorträge und Veröffentlichungen besserten, bauten sie sich in der Kirchheimer Straße 14 in Sillenbuch ein Haus, das Zundel selbst entworfen hatte und das Lenin die „Datsche Zundel“ nannte. Das riesige Gelände rund ums Haus war ein wichtiger Ort für seltene Ruhephasen und für die emsige Gartenarbeit der Familie, die zum Beispiel die Freundin Rosa Luxemburg immer wieder mit ihr teilte. Das Haus wurde auch ein Treffpunkt vieler Freundinnen und Genossinnen, vieler Freunde und Genossen und ihrer Kinder. Nicht selten fanden Hausmusiken statt, in denen die Söhne Geige spielten und mit der Mutter am Klavier zusammen musizierten. Zusammen mit Friedrich Westmeyer²⁵ und Georg Friedrich Zundel eröffnete Clara Zetkin am 9. Mai 1909 das Sillenbucher Waldheim, das sie zur Erholung für Arbeiter und ihren Familien unweit des Zetkin-Zundelschen Wohngelände mitbegründet und mitfinanziert hatte. Es heißt heute Clara-Zetkin-Haus und ist immer noch ein kultureller und politischer Treffpunkt auf einer der am Waldrand gelegenen Höhen Stuttgarts.

1915 organisierte sie in Bern – in der neutralen Schweiz – eine nicht genehmigte Konferenz sozialdemokratischer Frauen der am Weltkrieg beteiligten Staaten und rief mit einem Manifest zum „Kampf gegen den Krieg“ auf. Auf der Heimreise wurde sie an der Grenze verhaftet, wegen Landesverrats in Gewahrsam genommen und trotz Krankheit wochenlang ins Gefängnis gesteckt. Wegen ihrer Antikriegshaltung wurde sie während des ganzen Krieges immer wieder inhaftiert. Das Sillenbucher Haus wurde bewacht, ihre Post beschlagnahmt, die Hunde vergiftet und ihre Söhne im Militärdienst schikaniert. Georg Friedrich Zundel hatte sich als Freiwilliger gemeldet und der Armee das Familienauto zur Verfügung gestellt. Den „Nationalen Frauendienst“, den Frauenvereine aller Richtungen gründeten, um im sozialen Dienst für Verwundete in Lazaretten und für notleidende vaterlose Familien zu sorgen, unterstützte sie nicht. Sie sah in ihm eine Verlängerung des Krieges in der Heimat.

²⁵ Der Gewerkschaftler, Redakteur und Sozialist Johann Friedrich Westmeyer (1873–1917) ging wie andere Stuttgarter Parteigenossen und -genossinnen wegen seiner Kriegsablehnung zum Spartakusbund. Im März 1917 bekam er seinen Stellungsbefehl. Noch im August 1917 wurde Westmeyer als Nachrückkandidat von der Stadtdirektion Stuttgart als Gemeinderatsmitglied vereidigt. Am 14.11.1917 starb er bei Reims in einem Kriegslazarett der Westfront.

Clara Zetkin teilte die Verzweiflung vieler Menschen, aber sie wollte nach dem Ende des Krieges trotz der hereinbrechenden Inflation, der Weltwirtschaftskrise und der massiven Arbeitslosigkeit nicht aufgeben. Aber auch ihre eigene private Situation wurde zunehmend desolater. Zundel entfernte sich von ihr. Ihre Freundschaft mit dem „Roten Bosch“ hatte nun für Clara Zetkin schmerzliche Folgen. Doch das allmähliche Auseinanderleben der Eheleute Zundel-Zetkin lag nicht nur an der neuen Frau an Zundels Seite, an der von ihm als junges Mädchen porträtierten Boschtöchter Paula (1889–1974), die seine zweite Ehefrau werden sollte. Lange hatte Clara Zetkin sich gegen eine Trennung gewehrt, die dann erst 1928 mit einem Scheidungsprozess in Berlin besiegelt wurde. Stuttgart hatte sie inzwischen verlassen. Das Wohnhaus wurde verkauft und sie wohnte als Reichstagsabgeordnete seit Beginn der zwanziger Jahre im Wechsel im eigenen Haus in Berlin-Birkenwerder und lange Zeit im Moskauer Kreml. Ihre beiden Söhne lebten in Moskau ganz in ihrer Nähe.

30 Jahre lang hat die kultur- und kunstengagierte Politikerin in Stuttgart gearbeitet und politisch agiert. Diese Jahre waren für sie und für die Stadt eine Zeit der prägenden Veränderungen. Die Arbeiterbewegung war gewachsen. Ihr Frauenanteil war jedoch bis 1907 relativ gering gewesen. Nach der ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart stiegen die Mitgliederzahlen der Genossinnen jedoch sprunghaft an. Clara Zetkins radikaler Antikriegskurs, der jede Kriegsunterstützung und die von ihren Genossen im Reichstag abgesegneten Kriegskredite verwarf, führte schließlich zum Bruch mit der SPD und zu ihrer Entlassung als Redakteurin der „Gleichheit“. Auch die Stuttgarter SPD-Politikerin, Lehrerin und Stimmrechtskämpferin Anna Bloss (1866–1933), geborene Tomaszewska, hatte dort historische Biografien vergessener Frauen beigesteuert.²⁶

Fast 20 Jahre ihrer Stuttgarter Zeit hatte Clara Zetkin im Sillenbacher Haus gelebt und gearbeitet. Von hier aus schrieb sie viele Briefe in alle Welt, erhielt aber auch unsägliche Drohbriefe. Ihre eigene politische Radikalisierung von der Sozialistin zur Kommunistin war vielen der ihr verbundenen Sillenbacher und Stuttgarter nicht recht. Die Rechtsradikalisierung des deutschen Staates hat dann auch die guten oder die zusehends missgünstiger werdenden lokalen Nachbarschaftsverhältnisse zusehends verschlechtert.

4. Clara Zetkins Parteikarrieren

Clara Zetkin, die vor allem gesellschaftlich benachteiligte Frauen im Blick hatte, sah in ihren selbst definierten eigenen politischen Aufgaben und wohl auch in der

²⁶ Sie schaffte es 1919 als einzige Frau der insgesamt 19 Abgeordneten aus Württemberg in den Reichstag gewählt zu werden und geriet damit wie ihr kurzfristig politisch erfolgreicher Mann Wilhelm Bloss in Missachtung und weltanschauliche Konkurrenz zur Genossin Zetkin.



Abb 1: Clara Zetkin mit Stuttgarter SPD-Parteigenossen. (Mascha Riepl-Schmidt)

Abfolge ihrer unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten mehr Möglichkeiten, in gesellschaftliche Veränderungen eingreifen zu können.

In der SPD hatte sie innerparteilich Karriere gemacht und verfügte zunächst über Autorität auch innerhalb ihrer frauenpolitisch wichtigen Arbeit. Von 1895 bis 1913 war sie als erste Frau in die Kontrollkommission der Partei gewählt worden, von 1909 bis 1917 arbeitete sie im Parteivorstand. Sie sprach auf Parteitag und wurde nach der Gründung des Internationalen Frauensekretariats dessen Erste Sekretärin. Die „Gleichheit“ war zum Organ auch der internationalen Frauenbewegung geworden. Nach der Mitbegründung des Spartakusbundes wechselte sie zur USPD, der sie nicht lange treu blieb. Ihre SPD-Genossin Luise Zietz (1865–1922)²⁷ wurde Mitglied des Zentralkomitees der neuen Partei. Auch sie musste Sanktionen über sich ergehen lassen: Sie verlor im Mai 1917 ihre Position als Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand der SPD. Viele ehemalige SPD-lerinnen wurden zudem in der Frauenorganisation der USPD aktiv oder arbeiteten

²⁷ Die ausgebildete Kindergärtnerin, SPD- und spätere USPD-Politikerin Luise Catharina Amalie Zietz, geborene Körner (1865–1922), organisierte 1911 zum ersten Mal den 1910 in Kopenhagen beschlossenen Internationalen Frauentag in Deutschland. Sie schrieb regelmäßig für die sozialdemokratische Frauenzeitschrift „Gleichheit“. 1917 zählte Luise Zietz zu den Gründungsmitgliedern der USPD und dessen Zentralkomitee, dem sie auch als Reichstagsabgeordnete ab 1919 bis zu ihrem Tod angehörte.

an der USPD-Frauenzeitung „Die Kämpferin“ mit. Im Juni 1917 übernahm Clara Zetkin die Redaktion der neu gegründeten Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung“, die sie bis April 1919 leitete. Trotz ihrer angegriffenen Gesundheit hatte sie vor allem in Stuttgart – ebenso wie ihre Mitstreiterinnen – Tatkraft und Präsenz in der Novemberrevolution 1918 gezeigt. In Artikeln und auf Kundgebungen waren Rosa Luxemburg und Clara Zetkin vor allem für die Gewinnung der Frauen für den Rätegedanken eingetreten. Anna Blos war als sozialistische Frauenstimmenfängerin anders unterwegs: Sie hatte am 3. November 1918 in Stuttgart ad hoc öffentliche Versammlungen zum Frauenwahlrecht organisiert, um den Tag, der ursprünglich in Berlin vom Soldaten- und Arbeiterrat dazu bestimmt worden war, die Deutsche Republik auszurufen, kurzfristig in ihrem Sinne inhaltlich auszufüllen und zu gestalten²⁸.

Clara Zetkin hatte sich schon 1918 mit der russischen Revolution solidarisch erklärt, war Kommunistin geworden und glaubte an die „Weltrevolution“. Dennoch hatte sie aus taktischen Gründen nach Kriegsende für die USPD in Württemberg kandidiert. Danach war sie von 1920 bis 1933 für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) angetreten und hat sich als Reichstagsabgeordnete weiterhin für die Arbeiterklasse und die politische Gleichberechtigung der Frau eingesetzt²⁹.

Auf dem Parteitag im März 1919 trat sie der KPD bei und gehörte nun offiziell zu den führenden Köpfen der Partei. Sie arbeitete von 1921 bis 1933 als Sekretärin der Internationalen Kommunistischen Frauenbewegung, von 1922 bis 1933 war sie die Vorsitzende der „Internationalen Arbeiterhilfe“ und ab 1925 Präsidentin der „Roten Hilfe Deutschlands“. Zwischen 1919 und 1924 war sie außerdem Mitglied der Zentrale und Mitglied des politischen Büros, von 1927 bis 1929 des Zentralkomitees der KPD, dem seit 1919 auch Käthe Duncker und Rosa Luxemburg bis zu ihrer Ermordung angehörten. Die Zeitschrift „Die Kommunistin“, die am 1. Mai 1919 erstmals erschien, diente der Unterstützung der kommunistischen Frauenbewegung.

²⁸ In Stuttgart hatte der endgültige Termin, der 9. November, der erst am Ende der dies bestimmenden Sitzung in Berlin beschlossen worden war, nicht bekannt gegeben werden können, da der für Stuttgart teilnehmende USPD-Politiker Ferdinand Hoshka vor dem Ende der Berliner Sitzung und der Festlegung des neuen Termins den letzten Zug nach Stuttgart hatte besteigen müssen. Die Nachricht der Terminverschiebung war dann trotzdem durchgesickert.

²⁹ Nach der letzten Reichskonferenz des Spartakusbundes vom 29. bis 31.12.1918 waren Rosa Luxemburg und Käthe Duncker am 1.1.1919 die Mitbegründerinnen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD/Spartakusbund). Nach der Niederlage der revolutionären Berliner Arbeiterräte im Januar 1919 musste Rosa Luxemburg ständig ihre Wohnung wechseln, weigerte sich aber, Berlin zu verlassen; Käthe Duncker wurde inhaftiert. An den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919, nahm die KPD nicht teil. Sie vertrat einen dogmatischen Sozialismus und forderte, die begonnene Revolution durch die Machtergreifung der Arbeiterräte in den Betrieben fortzusetzen und auszuweiten. Für die Linken stand die Wahl auch im Schatten der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch rechtsgerichteten Offiziere des ehemaligen kaiserlichen Militärs am 15.1.1919.

Im Herbst 1920 reiste Clara Zetkin das erste Mal in die Sowjetunion, auch weil sie mit dem Ehepaar Wladimir Iljitsch Lenin und Nadeschda Krupskaja (1869–1939) freundschaftlich verbunden war. Sie war zudem ständiges Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und seines Präsidiums. Als Leiterin des Westeuropäischen Internationalen Frauensekretariats publizierte sie von 1921 bis 1925 die Monatsschrift „Die Kommunistische Fraueninternationale“, die im Auftrag der Exekutive der III. Internationale und des Internationalen Kommunistischen Frauensekretariats in Moskau erschien. Im Juni 1923 formulierte sie ihre Thesen zum Klassencharakter des Faschismus, der im Jahr zuvor in Italien an die Macht gekommen war. Auf dem V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1924 referierte sie über das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Intelligenz und über deren Einbeziehung in die revolutionäre Bewegung. Mit Josef Stalin (1878–1953), dem obersten Machthaber der Sowjetunion, und seiner Führungsmannschaft stand sie nicht selten im Widerspruch. Sie wagte es in Moskau, Stalin die Stirn zu bieten, hielt mit innerparteilichen Dissidenten weiterhin Kontakt und versuchte, ihnen bei der Ausreise aus Russland zu helfen. Die Genossen warfen ihr dann während der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1928 ihre sozialdemokratische Herkunft vor und verwiesen sie in die innere Emigration – „als unzuverlässige, abgelebte und mit dem Virus des Sozialdemokratismus infizierte Genossin“³⁰. Krank, isoliert und kontrolliert von KPD und Komintern sei sie „aus der geistigen Verbannung nie mehr aufgetaucht“³¹.

Trotz ihres hohen Alters und ihrer sich verschlechternden Gesundheit verfolgte Clara Zetkin entgegen dieser Aussage mit berechtigten Vorahnungen den Kampf gegen den wachsenden Faschismus. Gesundheitlich schon sehr angeschlagen und offen durch die Nationalsozialisten angefeindet, eröffnete sie 75-jährig am 30. August 1932 als Alterspräsidentin den neugewählten Reichstag. Vor der versammelten Naziprominenz und unter dem Gejohle dieser Provokateure forderte sie die „Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus“ und zwar über alle trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen hinweg. Doch ihr Appell verhallte. Sie kritisierte ebenso die Ohnmacht des Reichstages, die Allmacht des Präsidialkabinetts und äußerte am Ende die Hoffnung, „trotz meiner jetzigen Invalidität das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongress Sowjetdeutschlands zu eröffnen“³². Dass diese falsche Verortung am Schluss ihrer Eröffnungsrede nur ihrem Wunschenken entsprach, ist sicher. Zu ihrem Schutz verließ sie anschließend das Reichstagsgebäude

³⁰ Vgl. Gisela NOTZ, Proletarische Frauen und ihr Weg zum Kommunismus, in: Marxistische Blätter vom 20.12.2009, ohne Seitenangaben, <https://www.linksnet.de/artikel/25165> (letzter Zugriff: 12.05.2020).

³¹ Ebd.

³² Ebd.

verkleidet. Zusammen mit ihrem Sohn Kostja³³, der die Mutter tatkräftig als „Sekretär“ unterstützte, nahm sie einen Hinterausgang und kehrte nie mehr nach Deutschland zurück. Die Eröffnung eines von ihr erhofften Rätekongresses war obsolet geworden. Clara Zetkin, die 1882 während des Sozialistengesetzes bereits nach Frankreich hatte fliehen müssen, ging nun erneut ins Exil, diesmal in die Sowjetunion. Als sie am 20. Juni 1933 in Archangelskoje in der Nähe von Moskau starb und danach an der Kremllmauer beigesetzt wurde, schlossen sich 600.000 Menschen dem Trauerzug an.

5. Der Stellenwert der Frauenemanzipation in Clara Zetkins Politikverständnis

Der Schutz der Arbeiterinnen hat in Clara Zetkins lebenslangem Engagement und in der beharrlichen Kontinuität ihrer Emanzipationsvorstellungen immer Priorität behalten. Dabei hatte sie schon in den 1880er Jahren bis zum Ende ihrer Pariser Emigrationszeit die Frauenfrage nicht als gegen Männer gerichtet verstanden, sondern als eine objektive Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. In ihrem eigenen Leben konnte sie die wirtschaftliche Abhängigkeit von Männern nur überwinden. Aversionen, die im Allgemeinen gegen die Überordnung nur eines Geschlechts berechtigt waren, versuchte sie einzuordnen und zu begründen. Zumeist war es ihr möglich, die sie persönlich betreffenden Angriffe auf einer geistigen politischen und künstlerischen Diskussionsebene zu relativieren. Während ihrer Freundschaft und ihren Auseinandersetzungen mit Lenin war sie darauf bedacht, ihm in ihrem eigenen Verständnis, Frauen-, Ehe- und Familienthemen aufklärerisch und kontrovers zu seinen eigenen Ansichten zu präsentieren³⁴ und konstatierte: „Die meisten Männer – und auch die Proletarier nicht – denken daran, wie manche Mühe und Plage sie der Frau erleichtern, ja ganz abnehmen könnten, wenn sie bei ‚Weiberarbeit‘ zugreifen wollten“³⁵.

Sie kämpfte weiterhin gegen das Verbot der Frauenerwerbsarbeit und legte großen Wert auf die weibliche Unabhängigkeit. Clara Zetkin wollte auch für die oft zur Gebärmaschine reduzierten Frauen erreichen, dass eine nicht gesundheitsschädigende und eine vom Gesetzgeber als kriminell eingestufte „Familienplanung“ möglich würde, anstatt sie unter Zuhilfenahme des § 218 zu unterbinden.

³³ Nach dem Tod Clara Zetkins bekam Kostja Zetkin nach eigenen Äußerungen Schwierigkeiten mit den Machthabern in der Sowjetunion. Der literarische Nachlass Clara Zetkins, der ihm testamentarisch bestimmt war, wurde ihm nie ausgehändigt. Schließlich verließ Kostja Zetkin die Sowjetunion Mitte der dreißiger Jahre und konnte über die Tschechoslowakei, die Schweiz und Frankreich unter jahrelangen schwierigen Bedingungen in die USA emigrieren. Das Zetkin'sche Nachlasskonvolut wird immer noch – eventuell „bereinigt“ – im Moskauer Archiv verwahrt und kann nur von ausgesuchten Forscher*innen eingesehen werden.

³⁴ Clara ZETKIN, Erinnerungen an Lenin, Berlin 1929, unter anderem S. 61 und 81.

³⁵ Ebd. S. 74.

Dagegen verstand sie es als vorübergehende Notwendigkeit, dass erwerbstätige Frauen ihren häuslichen „Herrn“ und den kapitalistischen, versklavenden „Herrn“ noch akzeptieren müssten. Clara Zetkin, die stets die Rolle der Mütter verteidigte, setzte sich aber auch für Schwangerenschutzbestimmungen ein. Sie forderte jedoch auch eine Kindererziehung nicht nur durch die Mütter, sondern auch durch ausgebildete Erzieher und Pädagogen, sicher in der Absicht, die sogenannte häusliche Bestimmung auch der Arbeiterinnen zu relativieren und sie daraus zu befreien.

Von 1891 bis 1917 begriff sie als Chefredakteurin der „Gleichheit“ ihre Stellung als Plattform, um die sozialistische Frauenbewegung zu stärken, aber auch, um unter anderem die Themen der Erziehung, der Kunst- und Literaturkritik, der Friedens- und Antikriegsbewegung zu definieren und ihre Wichtigkeit zu unterstreichen. Die Ausrichtung der sozialistischen und sogenannten proletarischen Frauenbewegungen feuerte sie nicht zuletzt mit ihren Berichterstattungen zum Internationalen Frauentag und zum Frauenwahlrecht an und bestimmte sie maßgebend mit, ohne die bürgerlichen Anstrengungen und Erfolge der in sich oft uneinigen, unterschiedlichen anderen Frauenbewegungen wertzuschätzen. Dass auch die „linken“ Frauenbewegungen sich gegenseitig kritisierten oder blockierten, hatte für sie wohl einen notwendigen Prozesscharakter.

Bestärkt durch viele Zeitzeuginnen- und Zeitzeugeninterviews, jahrzehntelanges Quellenstudium und die vielfache Durchsicht des Zetkin'schen Nachlasses in den Berliner Archiven³⁶ bin ich der Meinung, dass Clara Zetkin trotz oder auch wegen ihrer unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten im linken Parteienspektrum der Weimarer Republik nie das auch durch ihre eigene redaktionelle Tätigkeit überlieferte und bewahrte Postulat des Kampfes um die weibliche Gleichberechtigung angezweifelt oder dies entsprechend der sich verhärtenden ideologischen Zuspitzungen der KPD uminterpretiert hat. Das Los der Frauen war für sie kein Nebenwiderspruch in einem bald siegreich gewählten Klassenkampf, der alle gesellschaftlichen Ungleichheiten in sich aufheben würde. Für Clara Zetkin – der beharrlich Unerschrockenen und Kontinuität Bewahrenden – waren nur die Frauen selbst in der Lage, ihre Mündigkeit einzufordern und unter Beweis zu stellen, ihre Emanzipation, ihre ureigenen sozialen und menschlichen Interessen auszufechten und durchzusetzen.

³⁶ Hier sei die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch, Ostberlin) genannt, die erst ab 1989 konsultiert werden konnte. Davor war der Zugang westdeutschen Besuchern nicht erlaubt gewesen. Dieser Zetkin'sche Nachlass befindet sich im heutigen Bundesarchiv Berlin. Eine textkritische Werkausgabe wurde bislang nicht erstellt.